

. . . **Rainer Arnold**, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zur Bundeswehr-Reform.



„7500 Freiwillige sind nicht genug“

Verteidigungsminister Guttenberg (CSU) will die Wehrpflicht aussetzen und die Bundeswehr zur Freiwilligenarmee umbauen. Hat er dafür die Unterstützung der SPD?

Arnold: Herr zu Guttenberg übernimmt die Idee der SPD, einen freiwilligen Grundwehrdienst einzuführen. Allerdings stellen wir uns einen anderen Umfang vor. 7500 Freiwillige im Jahr sind bei weitem nicht genug, um ausreichend qualifizierten Nachwuchs für die Bundeswehr gewinnen zu können. Nach unseren durchgerechneten Plänen wäre eine Größenordnung zwischen 20 000 und 30 000 erforderlich. Wenn es deutlich weniger wären, würden Aufwand und Nutzen nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis stehen. Ich werde den Eindruck nicht los, dass Herr zu Guttenberg mit seinen Plänen für 7500 Freiwillige einzig und allein die Wehrpflicht-Anhänger in der Union trösten möchte. Das wird ihm nicht gelingen!

Was wären denn die Vorstellungen der SPD für eine grundlegende Wehrreform?

Arnold: Unsere Zielmarke wären 175 000 Zeit- und Berufssoldaten. Wir wären ebenfalls für eine Aussetzung der Wehrpflicht. Die Reduzierung auf 175 000 Soldaten wäre bei einer jährlichen Einsparung von 1,3 Milliarden Euro möglich. Zusätzlich müsste bei der Besoldung auf einen Inflationsausgleich verzichtet werden. Wenn wir die Bundeswehr so umbauen, machen wir sie zukunftsfähig.

Die Bundesregierung will sich erst im Herbst endgültig festlegen, wie die Reform aussehen soll. Wäre hier nicht mehr Tempo notwendig?

Arnold: Die Bundesregierung muss deutlich sagen, was sie will. Sie nimmt billigend in Kauf, dass die Verunsicherung in der Truppe zunimmt. Die Bundeswehr darf nicht zum haushaltspolitischen Spielball werden. Jede Reform muss sicherheitspolitisch gut begründet werden. Ich erwarte von der Bundeskanzlerin und vom Vizekanzler endlich ein klares Wort zu ihren Vorstellungen für die Bundeswehr. Sie sollten Herrn zu Guttenberg endlich einmal klarmachen, dass er die Bündnisfähigkeit der Bundeswehr nicht aufs Spiel setzen darf. – Foto: ddp